

bdeu

Energie. Wasser. Leben.

Landesgruppe
Berlin | Brandenburg

Berlin, 28. Januar 2022

Stellungnahme

zum Entwurf der Energiestrategie 2040 des Landes Brandenburg

**BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e. V.
Landesgruppe Berlin/Brandenburg**
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin

[www..bdeu-bb.de](http://www.bdeu-bb.de)

Öffentlichkeitsbeteiligung vom 23. Dezember 2021

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Berlin, und seine Landesorganisationen vertreten über 1.900 Unternehmen. Das Spektrum der Mitglieder reicht von lokalen und kommunalen über regionale bis hin zu überregionalen Unternehmen. Sie repräsentieren rund 90 Prozent des Strom- und gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes, über 90 Prozent der Energienetze sowie 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung und rund ein Drittel der Abwasser-Entsorgung in Deutschland. In der BDEW Landesgruppe Berlin/Brandenburg sind mehr als 100 Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft beider Bundesländer organisiert.

Vorbemerkung

Die in der BDEW-Landesgruppe Berlin/Brandenburg zusammengeschlossenen Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft begrüßen die Zielsetzung der brandenburgischen Landesregierung, das Land Brandenburg als Modellregion für die Energiewende zu positionieren und die brandenburgische Klimaschutzpolitik und Gesetzgebung an neue Entwicklungen anzupassen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, jedoch halten wir die Frist des Konsultationsverfahrens für zu kurz, um insbesondere über die Feiertage und den Jahreswechsel unsere Expertise in einem geordneten und der Bedeutung der Energiestrategie zeitlich angemessenen Abstimmungsprozess mit unseren Gremien einbringen zu können. Gerne setzen wir die gute Zusammenarbeit mit der Landesregierung und der Energieallianz fort und wir wünschen uns für künftige Konsultationsverfahren, dass das Engagement und die Expertise der zahlreichen Akteure durch eine ausreichende Konsultationsdauer genutzt werden. Diese Einschätzung teilen wir mit weiteren Mitgliedern, die ebenfalls in der Energieallianz vertreten sind.

Stellungnahme

Die Mitgliedsunternehmen der BDEW-Landesgruppe Berlin/Brandenburg befinden sich bereits in dem Transformationsprozess zu einer klimaneutralen, umweltverträglichen, wirtschaftlichen, sicheren und gesellschaftlich akzeptierten Energieversorgung, wie sie auch von der Landesregierung angestrebt wird.

In dem vorgelegten Entwurf der Energiestrategie sind viele Aussagen und Einschätzungen enthalten, die auch den Vorstellungen der von uns vertretenen Branche entsprechen und die hilfreich für die weitere Entwicklung sind. Insgesamt vermissen wir die Formulierung konkreter Ziele und wir schlagen deshalb vor, die Energiestrategie mit einem klar definierten Zielkatalog zu ergänzen oder diesen separat aufzustellen. Darin sollten einerseits die Rahmenbedingungen zur Zielerreichung festgeschrieben und andererseits die Selbstverpflichtung der Landesregierung aufgezeigt werden, damit vorrangig die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden können und eine dafür angemessene personelle Ausstattung der Genehmigungsbehörden gewährleistet wird.

Im Zusammenhang mit dem erforderlichen Ausbau der Windenergienutzung werden zwar das Akzeptanzproblem und die Flächenproblematik angeführt, aber es fehlen konkrete Vorschläge für eine verlässliche Planbarkeit der Vorhaben. Hier könnte das Land Brandenburg durch eine umfassende Verwaltungsmodernisierung - einschließlich der Digitalisierung und personeller Aufstockung - konkret die Beschleunigungsmaßnahmen forcieren. Unbeantwortet bleibt die Frage, wie für die neuen bzw. abgewandelten Anforderungsprofile der für die Energiewende relevanten Berufe das geeignete Personal gewonnen oder qualifiziert werden kann.

Während der Erarbeitung der Landes-Energiestrategie wurden kurzfristig wesentliche Änderungen der energiepolitischen Ziele und Vorgaben auf Bundesebene beschlossen. Daher halten wir die Finalisierung und Verabschiedung der Energiestrategie Brandenburg, welche die neuen „Leitplanken“ nicht berücksichtigt, für nicht fach- und zeitgerecht. Weiterhin werden regionale bundeslandübergreifende Mechanismen zur möglichen Kompensationskooperation mit bilanziellen Übertragungs- und Ausgleichseffekten nicht berücksichtigt. Dies führt zu regionalen Irritationen und Falschallokationen in Berlin und seinem brandenburgischen Umland, zumal offensichtlich in der Machbarkeitsstudie „Berlin Paris-konform machen“¹⁾ hier bereits länderübergreifende Ziele abgestimmt und vorgesehen sind, die in der aktuellen Energiestrategie 2040 seitens des Landes Brandenburg nicht fortgeführt werden.

Wir sind der Auffassung, dass der vorliegende Entwurf der Energiestrategie 2040 nur den Handlungsrahmen in einem inzwischen nicht mehr aktuellen Szenario abbildet. Damit die geänderten und verschärften Rahmenbedingungen hin zur Klimaneutralität berücksichtigt werden können, schlagen wir vor, den zuvor genannten Zielkatalog zum 3. Quartal 2022 aufzustellen. Folgende Aspekte möchten wir dabei hervorheben:

- Der brandenburgische Klimaplan ist als übergeordneter Rahmen einzelner klimarelevanter Strategien, wie z. B. der Energiestrategie, vorgesehen. Daher muss dieser auch als Basis für den noch zu erstellenden **Zielkatalog** der Energiestrategie dienen, damit beide Vorhaben in Einklang gebracht werden können.
- Der Wärmesektor soll die aktuelle Einigung der Europäischen Kommission zur EU-Taxonomie-Verordnung abbilden können, indem Investitionen in **regionale neue Gaskraftwerke** im Zielkatalog bewertet werden.
- Die **Bedarfe des Verkehrssektors** müssen konkretisiert werden. Erneuerbare und dekarbonisierte Gase wie Wasserstoff, Bio-CNG und Bio-LNG bieten neben dem batterieelektrischen Antrieb weitere tragfähige Lösungen für den Umstieg in den treibhausgasneutralen Verkehr²⁾.
- Der **Investitionsunsicherheit** für den Ausbau der Windenergie an Land muss begegnet werden, indem das **Flächenpotential** gehoben und **Genehmigungsverfahren** beschleunigt werden.
- Der **Ausbau einer CO₂-freien Erzeugung** über umschaltbare Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sollte Berücksichtigung finden.
- Annahmen müssen regional übergreifend getroffen werden. Die **Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg** muss im Sinne einer klimaneutralen Hauptstadtregion gedacht werden, damit bilanzielle Übertragungs- und Ausgleichseffekte hinreichend berücksichtigt werden.

Abschließend ist zu betonen, dass die brandenburgische Energiewende nur dann erfolgreich sein wird, wenn es gelingt, die Versorgungssicherheit während des gesamten Transformationsprozesses zu gewährleisten. Investitionen in neue Erzeugungskapazitäten auf der Basis von Gas, wie etwa Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die zukünftig auch klimaneutral betrieben werden können, sind daher Investitionen in eine erfolgreiche Energiewende und sollten stärker in den Fokus der Landesregierung rücken.

¹⁾ Studie im Auftrag des Landes Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin vom 27.08.2021 „Berlin Paris-konform machen“

²⁾ BDEW-Positionspapier vom 27.01.2022 „Einsatz erneuerbarer und dekarbonisierter Gase für mehr Klimaschutz im Verkehr“ (www.bdew.de)

Ansprechpartner:

BDEW-Landesgruppe Berlin/Brandenburg, Reinhardstraße 32, 10117 Berlin
Tel.: (030) 300199-2211, E-Mail: info@bdew-bb.de

Ralf Wittmann, Geschäftsführer
Tel.: (030) 300199-2201, wittmann@bdew-bb.de

Edgar Terlinden, Fachbereichsleiter Strom/Fernwärme
Tel.: (030) 300199-2220, terlinden@bdew-bb.de